Forderungen zur Landtagswahl 2022

Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ist ein lukratives Geschäft und ein weltweites Phänomen. Betroffen von dieser Form der modernen Versklavung sind besonders Frauen und Kinder, die Menschenhändlern zum Opfer fallen und in der Sexindustrie in Bordellen und anderen Prostitutionsstätten ausgebeutet werden.

Bereits 2014 hat das Europäische Parlament in einer Resolution¹ seine Mitgliedstaaten zur Einführung des Nordischen Modells aufgefordert, das die Kriminalisierung aller Profiteure dieser Menschenrechtsverletzung vorsieht, um Menschenhandel wirksam zu bekämpfen und Betroffene zu schützen. Deutschland hat sich jedoch für einen liberalen Umgang mit der Thematik entschieden und dem Menschenhandel Tür und Tore geöffnet. Wir verweisen auf eine Studie des *Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.*, wonach nicht einmal die 2016 extra überarbeiteten Strafvorschriften gegen Menschenhandel in Deutschland Wirksamkeit entfalten².

Das Bündnis NRW pro Nordisches Modell stellt folgend seine Forderungen an die künftige Landesregierung vor, die der Bekämpfung sexueller Ausbeutung dienen.

Freier-Bestrafung

Freiwillige Prostitution lässt sich, wie die letzten 20 Jahre liberale Prostitutionsgesetzgebung zweifellos aufgezeigt haben, kaum von Zwangsprostitution abgrenzen und unterscheiden, da beide Formen fließend verlaufen. Zwangslagen sind häufig nicht erkennbar, wie auch Freier in Freierforen bestätigen und ihre Gleichgültigkeit gegenüber Notsituationen der Prostituierten offen kundtun. Freier sind diejenigen, die zu jeder Zeit die freie Wahl haben. Sie entscheiden sich aktiv dafür, eine andere Person gegen finanzielle Entschädigung sexuell zu benutzen und nehmen hierfür Ausbeutung, Gewalt und Menschenhandel gegenüber der prostituierten Person in Kauf und verursachen diese.

Das *Bündnis NRW pro Nordisches Modell* fordert von den Kommunen und Städten Nordrhein-Westfalens:

- Die Freier-Bestrafung bei Missachtung von Sperrbezirken umzusetzen
- Haltung zu zeigen und ein länderübergreifendes Sexkaufverbot einfordern

https://www.bmj.de/DE/Ministerium/ForschungUndWissenschaft/Evaluierung_Strafvorschriften_Bekaempfung_Menschenhandel/Bericht_Evaluierung_Strafvorschriften_Bekaempfung_Menschenhandel.html;jsessionid=352CFCFE_D6D469E168E4551EB37EB083.2_cid289?nn=16914790 (zuletzt abgerufen am 28.04.2022)



¹ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-7-2014-0071_DE.html

² Bartsch, Tillmann / Labarta Greven, Nora / Schierholt, Johanna / Treskow, Laura / Küster, Robert / Deyerling, Lena / Zietlow, Bettina (2021): Evaluierung der Strafvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels (§§ 232 bis 233a StGB) – Forschungsbericht (hrsg. vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.). Hannover, oSnline:

Entkriminalisierung der Prostituierten



Die Notlage, in der sich Frauen in der Prostitution befinden, ist unumstritten. Die Ursachen sind vielfältiger Natur. Finanzielle Abhängigkeiten, Traumatisierungen oder psychische und physische Gewaltandrohungen liegen dem Teufelskreis, in dem sich Prostituierte häufig befinden, zu Grunde. Betroffene haben nur selten eine freie Wahl, sodass Geldstrafen oder andere Repressionen gegenüber Betroffenen nicht dazu beitragen, Prostitution zu verhindern. Ganz im Gegenteil: Erhalten Frauen Bußgelder, weil sie unrechtmäßig anschaffen, wie dies zur Zeit des Corona-Lockdowns in vielen Bundesländern umgesetzt wurde, verschärfen sich die Zwangslagen der Betroffenen und die Strafen zwingen sie letztlich zur weiteren und vermehrten Prostitutionsausübung.

Auch Steuergelder, die durch die Ausübung der Prostitution durch Prostituierte zu zahlen sind, haben entsprechende negative Auswirkungen für die Betroffenen. Der Staat macht sich an dieser Stelle am Elend der Prostituierten schuldig und bereichert sich gar durch erhaltene Steuereinnahmen, der sogenannten Vergnügungssteuer. Hinzu kommt, dass keinerlei Schutz für Menschen in der Prostitution durch Anmelde- und Steuerpflichten gemäß des Prostituiertenschutzgesetzt entstanden ist. 2020 waren bundesweit rund 24.900 Prostituierte bei Behörden angemeldet³. Ca. ¾ von geschätzten 200.000 Prostituierten sind daher in der Illegalität tätig. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die unangemeldeten Prostituierten unsichtbar sind oder sich im "Untergrund" bewegen. Auch diese Frauen finden sich in

Prostitutionsstätten, Modellwohnungen oder auf bekannten Straßenstrichabschnitten wieder. Es ist durch das ProstSchG nicht gelungen, das tatsächliche Ausmaß der Prostitution in Deutschland zuverlässig abzubilden. Der überwiegende Teil der Prostituierten wird unter unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet, hat keine Möglichkeit, die Prostitution zu verlassen und ist Zuhältern und Freiern ausgeliefert.

Das Bündnis NRW pro Nordisches Modell fordert daher:

- Generelle Entkriminalisierung und Straffreiheit von prostituierten Menschen
- die Abschaffung der Steuerpflicht für Prostituierte



³ Siehe https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Prostituiertenschutz/ inhalt.html

Prävention und Aufklärung



Unter Freiern besteht eine große Nachfrage nach insbesondere sehr jungen Frauen und Mädchen. Dies hat einen enormen Geschäftszweig für Menschen etabliert, die sich auf die Rekrutierung dieser Personengruppe spezialisiert haben. In Schulen und an weiteren öffentlichen Orten werden in stets wachsender Zahl Mädchen angesprochen und durch sogenannte Loverboys, die ihnen zunächst die große Liebe vorspielen und sie emotional von sich abhängig machen, später der Prostitution zugeführt. Einmal in die Prostitution geraten, haben die Mädchen, meist von Familie und Freunden isoliert, kaum mehr die Chance darauf, in ihr altes Leben außerhalb der Prostitution, zu entfliehen.

Ähnliche Gefahren bestehen derzeit in hohem Maß für flüchtende Ukrainerinnen und ihre Kinder. Diese werden bereits an der Landesgrenze oder an Bahnhöfen von Menschenhändlern aufgegriffen und unter falschen Versprechungen der deutschen Sexindustrie zugeführt. Einmal in den Fängen der Organisierten Kriminalität gibt es auch für sie kaum ein Entkommen.

Das Bündnis NRW pro Nordisches Modell fordert:

- Aufklärung über die Loverboy-Methode im Lehrplan verankern
- Aufklärung von flüchtenden Ukrainerinnen über die Gefahren des Menschenhandels und der Prostitution
- Öffentlichkeitswirksame Aufklärungskampagnen für die Gesellschaft über sexuelle Ausbeutung in der Prostitution

Ausbau von Schutz & Ausstiegshilfen



Der Ausstieg aus der Prostitution ist, wie Prostitutionsüberlebende immer wieder berichten, für die Betroffenen kaum umsetzbar. Meist haben sie in Deutschland keine sozialen Kontakte, auch deutsche Prostituierte werden weitgehend von Familie und Freunden isoliert und sind daher auf sich alleine gestellt. Zudem sind Prostituierte häufig finanziell mittellos, da Zuhälter und andere Dritte an ihrer Prostitution profitieren und die Prostituierten in finanzieller Form ausbeuten.

Erlebnisse in der Prostitution führen zudem zu schweren Traumatisierungen der Betroffenen, sodass sich ein Ausstieg aus eigener Kraft kaum bewältigen lässt. Umso wichtiger ist es, dass Betroffene Schutz und Unterstützung erhalten und auf Ausstiegshilfe von geschulten Kräften zurückgreifen können.

Das Bündnis NRW pro Nordisches Modell fordert:

- Sichere Finanzierung und flächendeckender Ausbau von Ausstiegsprogrammen
- Hilfen bei der Erarbeitung von Perspektiven für Betroffene außerhalb der Prostitution
- Psychosoziale Unterstützung und Traumatherapie für Betroffene
- Bildungsangebote für ausgestiegene Prostituierte



Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

In den letzten Jahren hat das Innenministerium in NRW der Organisierten Kriminalität und der Clan-Kriminalität den Kampf angesagt. Intensive Ermittlungsarbeit wurde seither in Form von Kontrollen und Razzien vermehrt durchgeführt, um Rechtsbrüche konsequent zu ahnden. Das Ziel dieser Strategie ist, der Organisierten Kriminalität das Handwerk zu legen, indem kriminelle Strukturen entlarvt werden und diese letztlich zerstört werden können. Wir begrüßen den Einsatz des Innenministers im Kampf gegen das Organisierte Verbrechen. Prostitution wird durch kriminelle Organisationen und Clans, die die Rekrutierung und den Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung durchführen und daran verdienen, gesteuert.

Das Bündnis NRW pro Nordisches Modell fordert:

- Fortsetzung der Null-Toleranz-Strategie gegenüber Organisierter Kriminalität
- Zerstörung krimineller Strukturen im Bereich Prostitution durch die Reduzierung der Nachfrage (generelle Freier-Bestrafung)

Löschung der Lola-App



In NRW gibt es zwei offizielle Internetportale, die in unterschiedlichen Sprachen für Prostituierte zur Verfügung stehen und durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert werden. Auf beiden Webseiten wird über Handlungsmöglichkeiten in Gewaltsituationen aufgeklärt, Hilfetelefonnummern genannt, über Obdachlosigkeit aufgeklärt und an diversen Stellen darauf hingewiesen, dass Zwang zur Prostitution beispielsweise im Rahmen einer Schwangerschaft nicht ausgeübt werden darf. Es wird deutlich, dass Prostitution für Betroffene in hohem Maß gefährlich und gesundheitsschädigend ist. Zugleich ist jedoch an mehreren Stellen von "Arbeit" oder "Sexarbeit" die Rede, Freier werden als "Kunden" tituliert und das Gewaltsystem Prostitution trotz der Hinweise auf Notsituationen und Gewalt als gewöhnlicher Beruf dargestellt und die Ausbeutung der Betroffenen als gegeben hingenommen und legitimiert. Auf der Informationsseite Lola-NRW werden gar Tipps gegeben, wie sich eine Person ideal im Internet zur Prostitution anbieten kann. Dies ist in hohem Maß unverantwortlich und führt zu einer massiven Verharmlosung von den Folgen der Prostitution.

Das Bündnis NRW pro Nordisches Modell fordert:

- Löschung der prostitutionsverharmlosenden Lola-App und Webseite Lola-NRW
- Anpassung der Webseite Cara.NRW
- Erstellung einer Informationsseite, die uneingeschränkt die Gewalt gegenüber Prostituierten anerkennt und ablehnt

